



Herzlich willkommen zum Plenum am 18.05.2011
im Netzwerk Frauengesundheit Berlin
zum Thema „**Wahlprüfsteine 2011**“

Moderation:

Dr. Jutta Begenau

Sprecherin Netzwerk

Vorstellen Forderungen:

Sybill Schulz - Sprecherin Netzwerk und Vertreterin AG Migration, AG Gesundheitspolitik

Iris Hölling - Mitglied und Vertreterin AG Gesundheitliche Folgen von Gewalt

Ziel des gemeinsamen Plenums mit den Berliner Parteien
zum Thema „**Wahlprüfsteine 2011**“

ist die Umsetzung einer frauengerechten Gesundheitsförderung,
- Forschung und -Versorgung in Berlin während der nächsten
Legislaturperiode.

Das Netzwerk Frauengesundheit Berlin setzt sich mit seinen Aktivitäten,
fachlichen und politischen Forderungen ein für

„Berlin – eine gesunde Stadt für Frauen“

Präsentation ausgewählter Forderungen / Empfehlungen des Netzwerk Frauengesundheit Berlin

- als Ergebnis der Sichtung vorliegender Parteiprogramme und offener
Fragen zur Umsetzung -

im Rahmen des gemeinsamen Plenums mit den Berliner Parteien
zum Thema „**Wahlprüfsteine 2011**“

- Grundlage unserer heutigen Diskussion bilden die Ihnen zugesandten Gesamtforderungen des Netzwerkes und seiner Arbeitsgruppen sowie unsere Präambel
- Vertreterinnen der Arbeitsgruppen stehen Ihnen für fachlich-inhaltliche Nachfragen und zur Diskussion zur Verfügung

Forderungen zum Themenfeld „Gesundheitliche Folgen von Gewalt“

- ❖ **Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle sexuelle Gewalt unter Berücksichtigung des Themas „Gesundheitliche Folgen von Gewalt“**
- Schnittstellenanalyse der Landeskommission
- Vielfältige Schnittstellen- und Ressourcenproblematiken in ressortübergreifender Zuständigkeit
- Vorgeschlagenes Koordinationsmodell, das auf vorhandenen Strukturen aufbaut, umsetzen

Forderungen zum Themenfeld „Reproduktive Gesundheit“

❖ **Vermeidung von ungewollten Schwangerschaften durch rezeptfreie Vergabe der „Pille danach“ - Bundesratsinitiative**

- in 20 europäischen Ländern ist „Pille danach“ auf Gestagenbasis schon seit Jahren, in Irland seit Februar 2011 ohne Rezept erhältlich
- Frankreich: Vergabe durch Sozialarbeiter an Schulen
- zuständiger Ausschuss (BfArM) in 2004 dafür ausgesprochen
- seit letzten Landtagswahlen veränderte Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat

❖ **Verstärkung von Beratungs- und Betreuungsangeboten für Frauen mit Wochenbettdepressionen und anderen psychischen Störungen vor und nach der Geburt**

- 10% bis 15% aller Frauen erleben nach Geburt depressive Episoden
- 0,1% bis 0,2% Wochenbettpsychose
- frühzeitig adäquate Hilfe: personelle Kapazitäten für Beratungsarbeit (Hebammen und Beratungsstellen) zwecks zeitnaher medikamentöser Behandlungen, Klinikaufenthalte

Forderungen zum Themenfeld „Frauen und Sucht“

- ❖ **Erweiterung frauenspezifischer Suchthilfeangebote: Aufstockung der Notunterkünfte und Einrichtung einer zentralen Wohnunterkunft**
 - Süchtige Frauen sind in Notunterkünften unterrepräsentiert
 - Risiko von wiederholter Gewalterfahrung
 - Frauenspezifische Schutzräume

Forderungen zum Themenfeld „Migration und Frauengesundheit“

❖ **Sicherstellung der psychotherapeutischen und psychologischen Versorgung von Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund**

- Stellungnahmen der BERLINER INITIATIVE, Berliner Psychotherapeutenkammer und DG für Verhaltenstherapie vorliegend
- Forderung nach Sonderbedarfszulassungen, -Anerkennungsverfahren
- Ausweitung der Kostenerstattung durch Krankenkassen
- verbesserte Finanzierung von bestehenden niedrigschwelligen Angeboten

❖ **Anerkennung bzw. Erleichterung von im Herkunftsland erworbenen Berufsabschlüssen und beruflichen Erfahrungen im Gesundheitswesen, im sozialen Bereich von in Berlin /Deutschland lebenden Migrantinnen**

- Gesetzesentwurf wurde am 23.03.2011 im Kabinett beschlossen
- Gesetz enthält keinen Anspruch auf Beratung und Begleitung im Anerkennungsverfahren
- Öffentliches Internetportal + Informationspflicht durch zuständige Behörde
- Bundesweite Vergleichbarkeit der Bewertungen
- Maßnahmen zur Anpassungs- und Nachqualifizierung (bei Teilanerkennungen)
- Finanzierung Bund-Länder un geregelt und Zuständigkeiten in Berlin unklar

Forderungen zum Themenfeld „Brustkrebs“

- ❖ **Beseitigung schädigender Umweltfaktoren wie Hormon imitierende und krebsauslösende oder die Entstehung von Krebs und anderen Erkrankungen begünstigende Substanzen – Primäre Vermeidung etablieren, gesunde Lebenswelten für Frauen sicherstellen**
- Vielfältige Beispiele für gesundheitsgefährdende Produkte
- Aktionsplan zur Primärprävention

Forderungen zum Themenfeld „Frauen mit Behinderungen / Chronischen Erkrankungen“

- ❖ **Freien (barrierefreien und kommunikativen) Zugang zu Arztpraxen, heilberuflichen und therapeutischen Praxen, Frauenhäusern, Zufluchtwohnungen, Frauenberatungsstellen und Frauenprojekten**
 - Bauliche und kommunikative Barrieren abbauen
 - Zugänglichkeit der medizinischen Versorgungseinrichtungen veröffentlichen
 - Flächendeckende gynäkologische Versorgung für Frauen mit Behinderungen und adäquate Finanzierung durch Kassenärztliche Vereinigung Berlin
 - Ausstattung höhenverstellbarer /flexibler Untersuchungsmöbel

- ❖ **In den Curricula zur Aus- und Fortbildung von MedizinerInnen, Kranken- und AltenpflegerInnen, Hebammen entsprechende Lehrinhalte zum Umgang mit Behinderungen / Chronischen Erkrankungen verankern**
 - Geschlechtsspezifische und krankheitsbezogene Merkmale berücksichtigen
 - Befähigung zur Erkennung von Symptomen von Gewalt und Missbrauch und entsprechender Umgang

Schnittstellen zwischen Parteienprogrammen und Netzwerkforderungen

In allen Parteiprogrammen:

- ❖ **Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie Ausbildungsförderung von Migrantinnen**
- ❖ **Kultursensible medizinische Versorgung, auch nicht versicherter Frauen**
- ❖ **Gewalt gegen Frauen bekämpfen**
- ❖ **Schädigende Umweltfaktoren (z.B. Verbraucherschutz stärken, Grenzwerte für Schadstoffe)**
- ❖ **Barrierefreier Zugang (UN-Behinderten-Konvention umsetzen)**
- ❖ **Kultursensible Datenerfassung**

In einigen Parteiprogrammen:

- ❖ **Frauen- und Mädchenprojekte fördern** (SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen)
- ❖ **Frühe Hilfen** (SPD, Bündnis 90/Die Grünen)
- ❖ **Pille danach** (Bündnis 90/Die Grünen)
- ❖ **Gynäkologische Versorgung von behinderten Frauen** (SPD)
- ❖ **Suchtprävention** (Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen)
- ❖ **Frauengesundheitsthemen in den medizinischen Curricula + denen der Gesundheitsberufen verankern** (Bü. 90/Die Grünen)
„Wir setzen uns dafür ein, dass in Aus- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe verstärkt geschlechtsspezifisches Wissen um Gesundheit und Krankheit einfließt ...“

In keinem Parteiprogramm:

- Bekämpfung von Frauenarmut
- Transparenz des Forschungsgeschehens in klinischen Studien
- Notunterkünfte für suchtkranke Frauen aufstocken
- Erhalt des geförderten Arbeitsmarktes für suchtkranke Frauen
- Wegfall von Hinzuverdienstgrenze im Sozial- und Rentenrecht bei Schwerbehinderten
- Kommunikation + Information bei Diagnostik und Therapie verbessern (z.B. bei Brustkrebs)
- Breast Care Nurses als Ansprechpartnerin in Zentren/Kliniken
- Schaffung eines einheitlichen klinischen Brustkrebsregisters
- GKV – Rahmenbedingungen anpassen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

bei der Präsentation ausgewählter Forderungen &
Empfehlungen
des Netzwerk Frauengesundheit Berlin

mit dem Ziel

„Berlin – eine gesunde Stadt für Frauen“